

PRESSEMITTEILUNG

Künstlersozialkasse muss erhalten bleiben

Berlin, 9.09.2008 – Die Künstlersozialkasse muss erhalten bleiben. Sie ist unverzichtbarer Bestandteil der sozialen Absicherung von freien Journalistinnen und Journalisten. Mit diesen Worten reagierte der Deutsche Journalisten-Verband am heutigen Dienstag auf die Initiative mehrerer Bundesländer im Bundesrat, die Künstlerversicherung abzuschaffen. Eine entsprechende Empfehlung wurde von den Bundesländern Baden-Württemberg, Brandenburg, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt für die Bundesratssitzung am 19. September ausgesprochen.

„Das Ende der Künstlersozialkasse wäre das Aus für den freien Journalismus in Deutschland“, warnte DJV-Bundesvorsitzender Michael Konken. Nur die soziale Absicherung, für die die Medien und die Freien Beiträge an die KSK zahlten, ermögliche es Journalisten, als Freie zu arbeiten. „Es gibt überhaupt keinen nachvollziehbaren Grund für diesen politischen Unfug. Die Bundesländer wären gut beraten, den Antrag auf Abschaffung der KSK schnellst möglich von der Tagesordnung zu nehmen.“

Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:
Hendrik Zörner

Bei Rückfragen: Tel. 030/72 62 79 20, Fax 030/726 27 92 13
Sie finden unsere Pressemitteilung auch unter www.djv.de



PRESSEHAUS 2107
SCHIFFBAUERDAMM 40
10117 BERLIN
TEL: 030/72 62 79 20
TELEFAX 030/726 27 92 13

E-MAIL: DJV@DJV.DE
INTERNET: WWW.DJV.DE